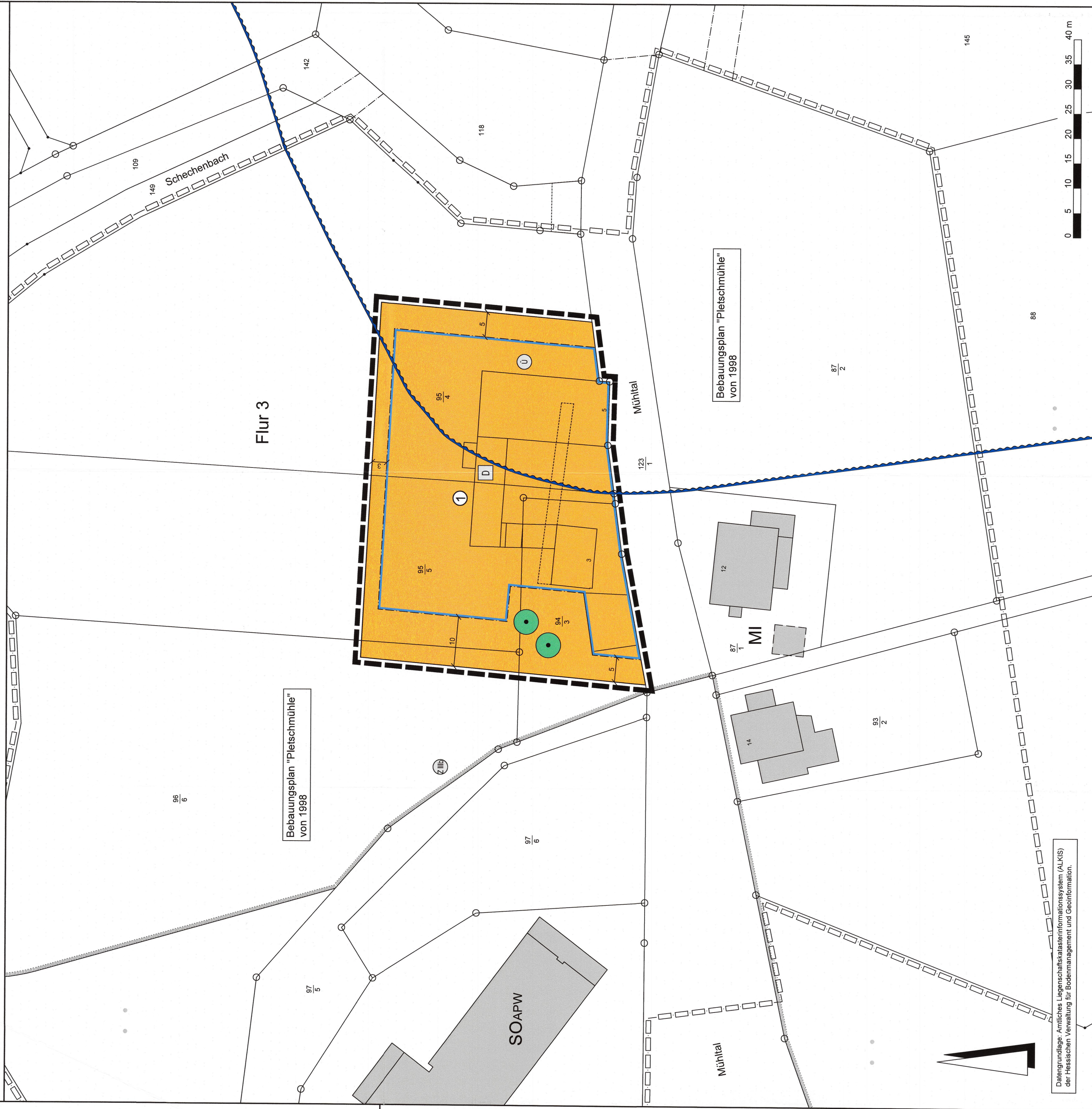


Stadt Homberg (Ohm), Kernstadt

Bebauungsplan "Pletschmühle" - 2. Änderung im Bereich "Pletschmühle / Alte Hofreite"



Rechtsgrundlagen
Baugesetzbuch (BauGB) i.d.F. der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634)
Baunutzungsverordnung (BaunVO) i.d.F. der Bekanntmachung vom 11.12.2017 (BGBl. I S. 3768)
Planzonenverordnung (BauZV) i.d.F. der Bekanntmachung vom 18.12.1990 (BGBl. I 1991 S. 59),
zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S. 1057),
Heinrichs Bauordnung (HBO) vom 28.05.2018 (GVBl. S. 196), i.d.F. der Bekanntmachung vom 05.06.2018
Heinrichs Wasserrechtsgesetz (HWG) vom 14.12.2010 (GVBl. I S. 548), zuletzt geändert durch Artikel 1 des
Gesetzes vom 28.05.2018 (GVBl. S. 184).

Zeichenerklärung
Katastramtliche Darstellung
Flurgrenze
Flurnummer
Flurstücksnummer
vorhandene Grundstücks- und Wegeparzellen mit Grenzsteinen
Planzeicheln
Art der baulichen Nutzung
Sondergebiet Zweckbestimmung, Café und Ferienwohnungen
Maß der baulichen Nutzung
GRZ
GFZ
Z
Dachn.
maximal zulässige Dachneigung
Bauweise, Baulinien, Baugrenzen
Baugrenze
überbaubare Grundstücksfläche
nicht überbaubare Grundstücksfläche

**Wasserrflächen und Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die
Regelung des Wasserabflusses**
Umgrenzung von Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die
Regelung des Wasserabflusses, Zweckbestimmung Überschwemmungsgebiet
Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen; Zweckbestimmung:
Schutzgebiet für Grund- und Quellwassergewinnung mit Angabe der Schutzzone
**Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum
Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft**
Erhalt von Laubbäumen
Regelungen für die Stadterhaltung und für den Denkmalschutz
Einzelanlagen (unbewegliche Kulturdenkmale), die dem Denkmalschutz unterliegen
Sonstige Planzeichen
Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes
Sonstige Darstellungen
Bemäßung (verbindlich)
räumlicher Geltungsbereich angrenzender Bebauungspläne

Nutzungsschablone

Nr.	Baugebiet	GRZ	GFZ	Z	Dachn.
1	SO	0,4	1,2	III	max. 50°

Bei Konkurrenz von GRZ und überbaubarer Grundstücksfläche gilt die engere Festsetzung.

1
Textliche Festsetzungen (BauGB / BauNVO)
Für den räumlichen Geltungsbereich gilt:
Mit Inhaltsetzungen des Bebauungsplanes "Pletschmühle" - 2. Änderung im Bereich Pletschmühle / Alte Hofreite wird das Bebauungsplan "Pletschmühle" von 1998 durch die Festsetzungen des vorliegenden Bebauungsplanes ersetzt.
1.1
Art der baulichen Nutzung gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB:
Für das Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Café und Ferienwohnungen (SO Café und Ferienwohnungen) gilt:
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB i.V.m. § 11 Abs. 2 BauNVO dient das Sondergebiet Café und Ferienwohnungen (SO Café und Ferienwohnungen) vorwiegend der Unterbringung von Gästebeherbergung, Gastronomie und touristischer Einrichtungen. Folgende Nutzungen sind zulässig:
1. Betriebs des Beherbergungsbetriebes, Ferienapartments-Ferienwohnungen sowie untergeordnete Nutzungen,
2. Schank- und Speisewirtschaften; Café sowie untergeordnete Nutzungen,
3. Büronutzungen, die im Zusammenhang mit dem Betrieb der Ferienwohnungen und des Cafés stehen
4. Anlagen für kulturelle Zwecke (Seminar- und Veranstaltungsräume, u.a.),
5. Wohnungen für Aufsicht- und Betriebspersonal, Betriebsinhaber und Betriebsleiter (siehe Textliche Festsetzung 1.3),
6. Landwirtschaftliche Nebengebäude (Lagerung von Futtermitteln, Unterstände für Freizeit-Tierhaltung,
7. Stellplätze.

1.1.1
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 1 und § 18 Abs. 1 BauNVO zur Höhenentwicklung von Gebäuden innerhalb des Sondergebietes Café und Ferienwohnungen (SO Café und Ferienwohnungen) im Bereich Pletschmühle / Alte Hofreite gilt: Die max. zulässige Fassadehöhe beträgt 10,50 m über Oberkante Erdgeschoss Rohfußboden (OK EG RFB).

1.2
Flächen für Nebenanlagen und Stellplätze gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB:
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB i.V.m. § 12 Abs. 6 BauNVO § 14 und § 23 Abs. 5 BauNVO gilt: Innerhalb der überbaubaren und nicht-überbaubaren Grundstücksfläche sind Stellplätze, Garagen, Carports und Nebenanlagen zulässig.

1.3
Höchstzulässige Zahl der Wohnungen in Wohngebäuden gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB:
Im Sondergebiet mit der Zweckbestimmung Café und Ferienwohnungen sind max. 3 Wohnungen zulässig.

1.4
Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB:
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB:
Neu anzuliegende Gehwege, Pkw-Stellplätze, Garagenzufahrten und Hofflächen i.S. von untergeordneten Nebenanlagen sind mit Rasenkammersteinen, Schotterterrassen oder wasserdurchlässiges Pflaster zu befestigen, sofern wasserwirtschaftliche Belange nicht entgegenstehen. Das auf Terrassen anfallende Niederschlagswasser ist stichlich zu versickern.

1.5
Erhalt von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB:
Gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 25b BauGB Laubbäume außerhalb der für die Bebauung beanspruchten Flächen sind zu erhalten. Bei einem Verlust sind gleichartige Ersatzpflanzungen (Pflanzqualität mindestens 3x verpflanzt und Stammumfang 16-18 cm) vorzunehmen.

- 1.6**
Artenliste (Empfehlung):
- Bäume 2.Ordnung
 - Acer campestre
 - Hamamelis
 - Prunus avium
 - Prunus padus
 - Vogelbeere
 - Sommerlinde
 - Elche
 - Sträucher
 - Roter Hartriegel
 - Heide
 - Gew. Schneeball
 - Pflaflenhütchen
 - Heckenrosche
 - Schw. Hainbuche
 - Gem. Waldrebe
 - Horn
 - Geißblatt
 - Wilder Wein

Auf die Grenzabstände für Pflanzungen gemäß §§ 39-40 Hess. Nachbarrechtsgesetz wird verwiesen.

2
Bauordnungsrechtliche Gestaltungsvorschriften (BauGB i.V.m. HBO - integrierte GRZ- und Gestaltungssetzung)

2.1
Dach- und Fassadengestaltung gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 1 HBO:
2.1.1 Dachneigung und Dachfarbe:
2.1.1.1 Für Gebäude mit gegenseitig liegenden Dachflächen (wie z.B. Sattel- und Wohn- und gegenseitig versetzte Pultdächer sowie Mansarddächer) gilt: Zulässig sind Hauptdächer im SO Café und Ferienwohnungen mit einer Neigung bis 50°.
2.1.1.2 Dachneigebühnen und Dachgauben in einer Breite von max. 2,50 m sind zulässig. Insgesamt dürfen Dachneigebühnen und Dachgauben max. 50% der Länge des Daches einnehmen.
2.1.1.3 Ab Dachlärne sind ausschließlich die Farben rot und braun zulässig.
2.1.1.4 Bei Flachdächern und fachgeneigten Dächern unter 20° Dachneigung ist eine Dachbegrenzung vorzusetzen.

2.2
Gestaltung der Einfriedungen gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 3 HBO:
Einfriedungen sind mit Holzläuzen und weilmassige Drahtläuzen zu gestalten. Mauern und Mauersockel sind nicht zulässig. Eine Ausnahme bilden grob aufgesetzte Trockenmauern aus örtlichem Naturstein (bis zu einer Höhe von 1,20 m) sowie Einfriedungen (hohe Staketenzäune, hölzerne Hecken) nicht zulässig. Hier ist auf jegliche Einfriedung zu verzichten.

2.3
Grundstückverflechten gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 Abs. 1 Nr. 5 HBO:
Mind. 80% der Grundstückflächen (e nicht überbaubare Grundstückfläche laut GZV) sowie § 19 Abs. 1 BauNVO) als Gartengrundstücke nutzbar sind, wovon mind. 30% mit einheimischen, standortgerechten Laubbäumen zu bepflanzen. Es gilt: 1 Laubbaum je 10 m² sowie ein Strauch je 1 m² Grundstücksfläche. Bepflanzungen sind in Gruppen von jeweils 4-6 Exemplaren einer Art zu pflanzen. Die nach den bauplanungsrechtlichen Festsetzungen zu erhaltenen Laubbäume können zur Anrechnung geteilt werden. Siehe Artenliste 1.6.

3
Wasserrechtliche Festsetzung (BauGB i.V.m. Hessischen Wasserrechtsgesetz)
Gemäß § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 37 Abs. 4 Satz 3 HWG gilt für die Gebäude: Das anfallende Dachflächenwasser ist in Zisternen als Brauchwasser aufzufangen und anderweitig im Gelände abzuführen. Die Zisternen sind mit einem Abflussrohr an der Fassade des Gebäudes anzubringen. Das Fassungsvermögen der Zisternen sollte mind. 25l/m² projekzierter Dachfläche betragen.

4
Nachrichtliche Übernahmen (§ 9 Abs. 6 BauGB) und Hinweise
4.1 **Denkmalschutz:**
4.1.1 Die baulichen Anlagen der Pletschmühle, Homberg (Ohm), Mühlhal 3/5 sind mit dem Hauptgebäude und den landwirtschaftlichen Nebengebäuden, die gemeinsam dresellig einen Hof umfassen, gemäß § 2 Abs. 1 HDStSchG (Hessisches Denkmalschutzgesetz) als Kulturdenkmal ausgewiesen. Belange des Denkmalschutzes sind entsprechen zu berücksichtigen. Zur Sicherstellung der Vermeidung von Beeinträchtigungen ist die Durchführung von Veränderungen am Gebäude ist vorab die Untere Denkmalschutzbehörde zu informieren.
4.1.2 Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies gemäß § 21 HDStSchG dem Landesamt für Denkmalpflege - Hessen (Abt. Archäologische Denkmalpflege) oder der unteren Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Der Fund und die Fundstelle sind gem. § 21 Abs. 3 HDStSchG zu sichern. Die Fundstelle ist durch einen Zaun zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung des Fundes zu schützen.

4.2
Artenenschutz:
Gem. § 39 Abs. 5 Nr. 2. BNatSchG (Bundesnaturschutzgesetz), Rückkehrhilfe oder Rodungen von Tieren dürfen nur zu Zeitpunkt außerhalb der Brutzeit (01. Oktober bis Ende Februar) durchgeführt werden.
Werden Verotalsbestände nach § 44 BNatSchG bedroht, ist eine Ausnahme nach § 45 Abs. 7 BNatSchG bzw. Befreiung nach § 67 BNatSchG bei der Unteren Naturschutzbehörde zu beantragen.

4.3
Trinkwasserrechtgebiet
Das Plagegebiet befindet sich innerhalb der Zone IIIb des amtlich festgesetzten Trinkwasserschutzgebietes Trinkwassergewinnungsanlage der Wasserwerke Wöhrthal und Stadtländorf des Zweckverbandes Mittelhessische Wasserwerke im Landkreis Marburg-Biedenkopf. (Festgesetzt 25.10.1966, St.Anz. Nr. 50, Jahr 66, Seite 1588). Die Schutzzone

Verfahrensvermerke im Verfahren nach § 13a BauGB:
Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB wurde durch die Stadtverordnetenversammlung gefasst am 13.06.2018
Der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB wurde ordentlich bekräftigt am 15.08.2018
Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB wurde ordentlich bekräftigt am 15.08.2018
Die Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB erfolgte in der Zeit vom 22.08.2018 bis einschließlich 24.09.2018
Die erneute Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 3 Abs. 2 BauGB i.V.m. § 4a Abs. 3 BauGB erfolgte in der Zeit vom 16.01.2019 bis einschließlich 24.01.2019
26.02.2019

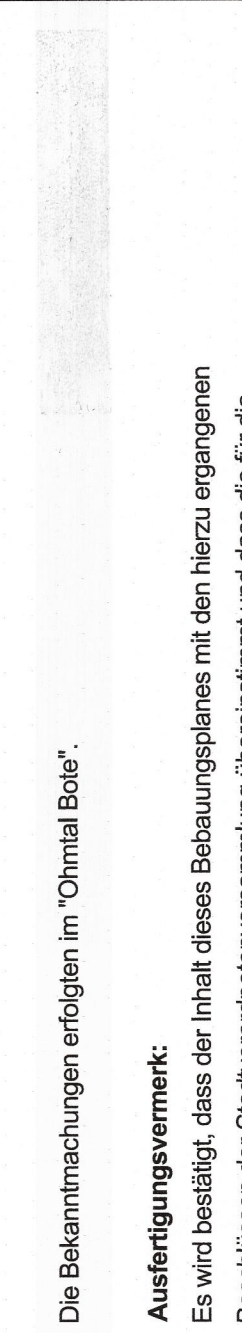
Der Satzungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB sowie § 5 HGO, § 9 Abs. 4 BauGB i.V.m. § 91 HBO und § 37 Abs. 4 HWG erfolgte durch die Stadtverordnetenversammlung am 16.01.2019

Die Bekanntmachungen erfolgen im "Ohmtal Boten".

Ausfertigungsvorwerk:
Es wird bestätigt, dass der Inhalt dieses Bebauungsplanes mit den hierzu ergangenen Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung übereinstimmt und dass die für die Rechtswirksamkeit maßgebenden Verfahrensunterlagen eingereicht worden sind.

Homberg (Ohm), den 12.03.2019
Bürgermeisterin
Rechtskraftvermerk:
Der Bebauungsplan ist durch ordentliche Bekanntmachung gem. § 10 Abs. 3 BauGB in Kraft getreten am: 16.03.2019

Homberg (Ohm), den 16.03.2019
Bürgermeisterin



Übersichtskarte (Maßstab 1 : 25.000)



Kartenstand: © OpenStreetMap-Mitwirkende, SRTM | Kartenaustellung © OpenTopoMap (CC-BY-SA)

Stand:
22.08.2018
15.08.2018
16.01.2019
26.02.2019
Bearbeiter: Robert Weir
Verfahren:
Satzung
Maßstab: 1 : 500